

25
JAHRE
1987-2012

Welternährung

Global denken – lokal säen



Inhaltsverzeichnis

Häppchen

Einstiege 12

Von Feuerspieß bis Fast Food 16
Esskultur, Politik und Nachhaltigkeit
Von Gunther Hirschfelder

Magenknurren

Reiche essen Erde auf 24
Vom Hunger in der Welt
Von Marita Wiggerthale

Die Hausse und der Hunger 30
Nahrungsmittelpreise an der Börse
Von Harald Schumann

Bodenlos auf dem Trockenen 39
Landnutzung und Wasser
Von Uwe Hoering

Genopoly in Afrika 44
Das Agrobusiness und die Gentechnik
Von Ute Sprenger

Europa muss sein Feld gerechter bestellen 53
Die Reform der EU-Agrarpolitik
Von Kerstin Lanje

Völlerei

- 60 **Die Party ist vorbei**
Die Zukunft der industriellen Landwirtschaft
Von Benedikt Haerlin
- 66 **Mit dem Fast Food kam die Fettsucht**
Der Zusammenhang von Ernährung und Gesundheit
Von Claus Leitzmann
- 72 **Sein Fleisch ist ihr Gemüse**
Essen als Ausdruck von Geschlechtsidentität
Von Angela Häußler
- 78 **Frisch auf den Müll**
Verschwendung von Lebensmitteln
Von Valentin Thurn
- 85 **Bauernopfer für zweifelhaften Freihandel**
Analyse des EU-Indien-Handelsabkommens
Von Christine Chemnitz und Armin Paasch

Sättigung

- 92 **Tischleindeckdich – aber bitte klimafreundlich**
Ernährung und Erderwärmung
Von Karl von Koerber
- 98 **Hunger hat ein Geschlecht**
Frauen und Ernährungssouveränität
*Von Anne C. Bellows, María Daniela Núñez Burbano de Lara,
Stefanie Lemke und Roseana do Socorro Gonçalves Viana*
- 105 **Auf dem klügeren Pfad**
Ökologische Intensivierung
Von Felix Prinz zu Löwenstein

Impulse

Projekte und Konzepte 112

Medien 121

Spektrum Nachhaltigkeit

Neue Allianzen und klaffende Lücken 126

Nachlese des Klimagipfels in Durban

Von Christoph Bals, Sven Harmeling und Manfred Treber

Momentaufnahmen vom Gipfel-Schach 130

Green Economy und internationale Umweltpolitik

Von Jürgen Maier

Der ungehobene Schatz der Energiewende 134

Kraft-Wärme-Kopplung

Von Gabriele Purper

Deutungseliten dringend gesucht 138

Nachdenken über die Zukunft der Nachhaltigkeit

Von Heike Leitschuh

Großer Kopf und freier Geist 142

Nachruf auf den Biologen und Theologen Günter Altner

Von Udo E. Simonis

Rubriken

Editorial 12

Impressum 144

Vorschau 145

Teil 4
zum UN-Weltgipfel
2012 in Rio de
Janeiro

Green Economy und internationale Umweltpolitik

Momentaufnahmen vom Gipfel-Schach

Von Jürgen Maier

— 20 Jahre nach dem mittlerweile historischen Weltgipfel in Rio de Janeiro steht im Juni 2012 ebendort die Folgekonferenz zur nachhaltigen Entwicklung an. Gipfelthemen sind einerseits die sogenannte Green Economy im Kontext zur nachhaltigen Entwicklung und der Armutsreduktion, andererseits wird es um institutionelle Fragen einer Neuorganisation des Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereichs der Vereinten Nationen gehen. Nach dem allseits als enttäuschend empfundenen Johannesburger Rio+10-Gipfel im Jahr 2002 war es lange Zeit strittig gewesen, ob es überhaupt einen weiteren Nachfolgegipfel geben sollte. Das Echo auf den Vorschlag von Brasiliens ehemaligem Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva bei der UN-Generalversammlung 2007 war eher lauwarm. Schließlich war es die Gruppe der Entwicklungsländer (G77), die im Oktober 2008 formal bei der UN den Antrag einbrachte, den Gipfel 2012 abzuhalten.

Green Economy auf die Agenda zu setzen war keineswegs eine Idee der EU oder des Nordens, wie das derzeit gern behauptet wird. Es war vielmehr Brasilien, das dieses Thema offiziell im Mai 2009 bei der UN vorschlug – die Reaktionen darauf waren sehr unterschiedlich, verliefen aber keineswegs entlang einer Nord-Süd-Linie. Von dem Schattenboxen, das rund um die Frage, ob die Green Economy in Wirklichkeit ein grün an-

gestrichener Kapitalismus sei oder gar noch Schlimmeres, veranstaltet wird, ist nichts Konstruktives zu erwarten. Green Economy ist das, was wir in der gesellschaftlichen Debatte daraus machen. Die Frage ist durchaus noch offen – ebenso wie die Frage, ob der UN-Weltgipfel 2012 überhaupt wichtig sein wird. Einen halbwegs aussagekräftigen Zwischenstand spiegelt der sogenannte „Zero Draft“ der Gipfelerklärung wider, ein Vorentwurf, den das UN-Sekretariat am 10. Januar 2012 vorgelegt hat.

Millennium-Entwicklungsziele sinnvoll ergänzt

Aus europäischer Sicht ist die ungenügende Umsetzung der allfälligen Beschlüsse aus dem 20 Jahre währenden Rio-Prozess sicherlich das größte Problem, da decken sich die Einschätzungen von NGOs und Bundesregierung weitgehend. Woran das liegt, wird natürlich unterschiedlich eingeschätzt. Um weitere unerfüllte Beschlusslagen zu vermeiden, wird der diesjährige Gipfel laut Zero Draft weniger auf einen Top-Down-Ansatz setzen, das heißt, es wird keine Beschlüsse geben, die auf globaler Ebene festlegen, was zu tun ist. Vielmehr sollen dem Bottom-Up-Ansatz folgend alle Regierungen – leider ohne Frist – sagen, wie ihre Roadmap, also ihr politischer Fahrplan zur Green Economy aussehen soll. Entwicklungsländer, die Hilfe

bei einer Transformation ihrer Ökonomie brauchen, sollen diese von den UN-Institutionen bekommen. Viele UN-Einrichtungen sind diesbezüglich zwar nicht untätig, arbeiten aber nicht länderspezifisch und nicht umfassend genug.

Was die einzelnen Staaten an Roadmaps zur Green Economy präsentieren werden, kann man bisher allenfalls erahnen. Allerdings dürfte die Befürchtung berechtigt sein, dass es sich um recycelte alte Politikpläne handelt. Da wird es dann auf die öffentliche Rezeption eines solchen Politikrecyclings ankommen – auch wenn selbstverständlich nicht alles schlecht ist, was bereits geplant ist. Kolumbien und Guatemala haben für ihren Vorschlag, Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) einzuführen, rasch Zustimmung geerntet, der Vorschlag ist auch im Zero Draft enthalten. Gastgeberland Brasilien hat die Idee aufgegriffen und wirbt aktiv um Unterstützung. So etwas Ähnliches wie die Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) als Gipfelergebnis zu erreichen, das womöglich noch jahrelang in der internationalen Diskussion verbleibt, käme der brasilianischen Regierung als Gastgeberin mit Sicherheit sehr zupass. Das wäre allemal greifbarer als eine wolkige Green-Economy-Erklärung. Orientiert man sich am historischen Vorbild der MDGs aus dem Jahr 2000, lässt sich das aufwendige und riskante Verfahren umgehen, sich bis ins Detail im Konsens auf die Inhalte der SDGs – im Gespräch sind acht Ziele – einigen zu müssen. Damals hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen auch nur den Auftrag erteilt, die MDGs zu erarbeiten – der Verhandlungsprozess fand abseits des

Rampenlichts eines Gipfels statt und bot damit potenziellen Allein-gegen-alle-Strategien, für die eine Reihe von Regierungen sehr anfällig sind, kaum Angriffsfläche.

Der Zero Draft sieht vor, dass die SDGs bis 2015 verhandelt sein sollen. Die SDGs müssen nicht unbedingt als Alternative zu den MDGs wahrgenommen werden, die ja bekanntlich nur bis 2015 gelten, sondern können diese sinnvoll ergänzen. Schließlich kommen in den MDGs zentrale Fragen nachhaltiger Entwicklung wie etwa zu Energie und Klima kaum vor. Auch für Nichtregierungsorganisationen ergeben sich womöglich noch Einflussmöglichkeiten, falls ein solcher SDG-Prozess in Rio gestartet wird. Beim Rio+10-Gipfel 2002 in Johannesburg ist die EU-Initiative, Ausbauziele für erneuerbare Energien zu beschließen, noch grandios gescheitert – im SDG-Kontext wäre ein solches Vorhaben heute weitaus leichter umzusetzen.

Wofür Green Economy steht – und wofür nicht

Die EU lässt durchblicken, dass sie der SDG-Initiative positiv gegenübersteht, hält sich jedoch aus taktischen Gründen im Hintergrund. Man will nicht zu viele Ideen auf den Tisch legen, weil jede Äußerung absehbar als EU-Forderung wahrgenommen und dies die Verhandlungsspielräume unnötig einengen würde. Sehr entgegen käme die SDG-Initiative jedenfalls der erklärten Zielsetzung der EU in der Green-Economy-Diskussion, bereits beschlossene Verpflichtungen möglichst zügig umzusetzen und den Begriff der Green Economy inhaltlich zu umreißen.

In der Tat dürfte eine inhaltliche Konturierung der Green-Economy-Idee kaum mit

einem Gipfelbeschluss gelingen, der mal eben definiert, was das ist. Der Zero Draft listet eine Reihe von Themen auf – Innovatives ist aber kaum dabei. Lediglich die Meeres- und Fischereipolitik nimmt nicht nur auffallend viel Raum ein, sondern geht auch stärker darauf ein, was zu tun wäre. Spannender dürfte allerdings die Frage sein, was in einer Green Economy definitiv keinen Platz hätte. Da gibt es weltweit jede Menge Vorstellungen, die aus europäischer Sicht reichlich abstrus wirken, etwa wenn es um Atomkraft oder Gentechnik geht. Beide waren ja auch schon in der guten alten Agenda 21 nicht ausgeschlossen, wenngleich sie auch niemand im Namen der Agenda-21-Umsetzung vorangetrieben hat. NGOs werden in der Green Economy Roadmap so mancher Staaten nicht nachhaltige Vorstellungen wiederfinden und über diese den Kopf schütteln. In jedem Fall sind SDGs insofern interessant, als sie indirekt festlegen, worauf es bei einer Green Economy am meisten ankommt.

Die im Vorbereitungsprozess – zumindest nach Darstellung der Bundesregierung – maßgeblich von Deutschland geprägte Position der EU sieht die Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer vollwertigen UN-Sonderorganisation vor. Diese stünde dann auf Augenhöhe mit anderen Sonderorganisationen wie der Welternährungs- oder der Weltgesundheitsorganisation. Wesentlicher Unterschied ist nicht nur der Imagegewinn durch den höheren Status, sondern vor allem die universelle Mitgliedschaft und feste Mitgliedsbeiträge. Bisher ist UNEP als Programm auf 53 Mitgliedsstaaten begrenzt, die von den Regionalgruppen für drei Jahre gewählt werden. Alle anderen Staaten ha-

ben nur Beobachterstatus. Zudem sind die Beiträge freiwillig, was die Planbarkeit der Arbeit erheblich erschwert.

Besserer Stand der Zivilgesellschaft

Eine Aufwertung des Umweltprogramms ist zwar seit Langem objektiv geboten, wird aber aus sachfremder ideologischer Prinzipienreiterei seit drei Jahren von einer unheiligen Allianz aus den USA und einigen eng mit ihnen verbundenen außereuropäischen Industriestaaten einerseits und essenziellen Wortführern der G77 andererseits blockiert. Daher kann die EU die Aufwertung nur erreichen, wenn sie diese Frage im Wesentlichen machtpolitisch angeht. Der Zero Draft sieht immerhin bereits die Einführung der universellen Mitgliedschaft vor, selbst wenn es nicht zu einer Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer Sonderorganisation kommen sollte.

Aus der Geschichte des Rio-Prozesses wie auch aus der Natur des Problems ist es ohne Weiteres ableitbar, dass die Zivilgesellschaft in einer aufgewerteten UN-Umweltorganisation einen besseren Status bekommen würde. Die Diskussion darüber hat zwar noch gar nicht begonnen, doch ist bereits klar, dass so gut wie die gesamte G77 und die USA von so viel Demokratie rein gar nichts halten.

Wie eine Aufwertung der UN-Nachhaltigkeitspolitik aussehen könnte, ist bisher eher nebulös; auch der Zero Draft listet mehrere Alternativen auf. Auf das meiste Interesse scheint ein Nachhaltigkeitsrat (Sustainable Development Council, SDC) zu stoßen, der die bisherige Kommission zur Nachhaltigen Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) als Unterkommission

des Wirtschafts- und Sozialrates ablösen und gleichrangig mit diesem direkt der Generalversammlung berichten würde. SDC statt CSD, wenn man so will – solange jedoch das Personal nicht wechselt, ist zu bezweifeln, dass die Produktivität spürbar steigt. Eine andere, vom deutschen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) favorisierte Option wäre, die CSD in den Wirtschafts- und Sozialrat hineinzudrücken. Ob dieser dadurch mehr Nachhaltigkeit umsetzt oder diese ähnlich untergehen würde wie die Entwicklungspolitik, wenn das BMZ ins Auswärtige Amt integriert würde, ist eine Frage, auf die es nur subjektive Einschätzungen als Antworten gibt.

Der Zero Draft wird jetzt in einer Reihe informeller Konsultationen von Regierungen und anderen Akteuren weiterverhandelt. Am 26./27. März findet ein weiteres Treffen der CSD statt. Das letzte offizielle Vorbereitungstreffen findet vom 13. bis 15. Juni statt, vom 13. bis 19. Juni wird es allerlei zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Rio geben, und vom 20. bis 22. Juni werden die Gipfelteilnehmer(innen) selbst tagen. Der Optimismus hinsichtlich konkreter Ergebnisse von Rio+20 hält sich bei allen Beteiligten in Grenzen – aber eine Lehre aus den diversen Gipfeln der vergangenen Jahre war sicherlich, dass bei zu hoch gesteckten Erwartungen Erfolge unwahrscheinlicher sind als bei niedrigen Erwartungen. ———

Zum Autor

Jürgen Maier, geb. 1963, ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung, eines NGO-Netzwerks, das nach dem Weltgipfel 1992 gegründet wurde, um die Umsetzung der Rio-Agenda mit voranzutreiben.

Kontakt

Jürgen Maier
 Forum Umwelt & Entwicklung
 Marienstr 19-20, D-10117 Berlin
 Fon ++49/(0)30/678 17 75 88
 E-Mail chef@forumue.de
